



### Die Beamtenmaßregelung

Die Personalabbauperordnung vom 27. Oktober 1923 hat der Willkür Tür und Tor geöffnet. Ihre bisherige Anwendung vermag der Finanzlage des Reiches nicht irgendeine Verbesserung zu bringen. Abgesehen davon, daß die Vorschriften der Abbauperordnung, soweit sie sich auf die im Artikel 8 vorgesehene „hauswirtschaftliche Auswärtigkeit“ beziehen, von den Vertriebsverwaltungen (Eisenbahn und Post) gar nicht eingehalten werden, läuft das ganze System lediglich auf die Beseitigung republikanisch gesinnter und verfassungstreuer Beamten hinaus. Der Artikel 8 bestimmt z. B., von der Gesamtzahl der am 1. Oktober im Dienste befindlichen Beamten und außerplanmäßigen Reichsbeamten 1/30 werden vor dem 1. Februar 1924 mindestens 5 Proz. abgebaut. Eisenbahn und Postverwaltung haben durch besondere Verfügung angeordnet, daß die im Artikel 8 für den Abbau vorgesehene Zahl verdoppelt wird. Es werden also demnach in Wirklichkeit fast die vorgesehene 5 Proz. rund 10 Proz. der Beamten entlassen. Die in der Abbauperordnung vorgesehenen Sicherungen in rechtlicher und sozialer Beziehung sind so gut wie gar keine. Die mit dem Abbau betrauten Kommissare werden unter Androhung, daß nach sie erst, von der Abbauperordnung erfüllt werden, angespornt, soweit als möglich die geeigneten erscheinenden Beamten zu entlassen.

Regierung und Betriebsverwaltung haben sich offenbar auch gar keine Sorge darüber, was aus den abgebauten Beamten werden soll. Inzwischen bemüht sich das Heimstättenamt der deutschen Beamtenvereine, auf die Regierung einzuwirken, damit auf dem schnellsten Wege ein Beamtenlandabfindungs-gesetz zustande kommt. Danach soll den abgebauten Beamten die Möglichkeit geboten werden, je nach Wunsch eine kleinere oder größere Parzelle zu erwerben. Die kleinere soll eine erhebliche Zugabe zur Ernährung schaffen und zu diesem Zweck etwa 1000 Quadratmeter betragen, während die größere die Möglichkeit schaffen soll, die vollständige Ernährung der Beamtenfamilie zu sichern. In dem vorgelagten Gesetzentwurf werden Vorschläge zum Erwerb und zur Verzinsung der Parzellen gemacht. Da die Regierung sich bisher mit der Frage der künftigen Existenz der abgebauten Beamten nicht beschäftigt hat, ist anzunehmen, daß sie auch auf den vom Heimstättenamt angeregten Gebiet zurückhaltung üben wird. Es muß sich allen Beamten, gleichviel, ob sie von der Personalabbauperordnung bedroht sind oder nicht, die Frage der Selbsthilfe aufdrängen. Die Gewerkschaften und die den Beamten wohlgesinnten Parteien sind in erster Linie dazu berufen, auf den Schutze der Beamten hinzuwirken. Was jedoch durch dieses Vorgehen erreicht werden kann, hängt allerdings ab von der persönlichen Tapferkeit der Beamtenchaft. Wahr als bisher ist es notwendig, die gewerkschaftliche und politische Arbeit zu unterstützen und die Macht zu schaffen, die notwendig ist, um die beherrschenden Wirkungen der Regierungsmassnahmen zu verhindern. Dadurch wird es auch möglich sein, die ganz unverschämte zuzuge tretenden Maßregelungen der Funktionäre der Beamten-gewerkschaften zu unterbinden. Aus ungeschälten Reuegerungen der vom Abbau betroffenen Beamten geht die Auffassung hervor, daß sie sich als das Opfer ihrer gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit fühlen. Da die Beamtenabbauperordnung gerade vier-tausend Beamten Schicksal vorgelassen hat, ist es endlich an der Zeit, daß die Regierung den Versuch unternimmt, die jetzt geübte Verfolgung der Gewerkschafts- und Parteifunktionäre in einen auf gesetzliche und soziale Bestimmungen sich gründenden Abbau umzuwandeln. Geschicht des nicht, dann wird sich die Regierung nicht wundern dürfen, wenn die sich täglich steigende Erregung in der Beamtenchaft eines Tages unerwartete Folgen hat.

### Die „Wahlfreiheit“ in Baierns Reich

München, 7. Januar. (Eig. Draht.) Die am Freitag im Ausschuss des Landtages begonnene Aussprache über die Schaffung von Garantien für die kommenden Neuwahlen wurden am Montag zu Ende geführt. In der Abstimmung fand der Antrag der Sozialdemokraten auf sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes nur die Unterstützung der Demokraten und wurde abgelehnt; dagegen der Antrag der Demokraten auf Aufhebung des Ausnahmezustandes während der Wahlzeit. Durch Annahme einer Reihe von Anträgen wurde die Sicherung der Wahlfreiheit in Bayern im Rahmen des Ausnahmezustandes in folgender Weise festgelegt:

1. Das Gesamtministerium übernimmt die Sicherung der Wahlfreiheit und der verfassungsmäßigen Rechte sowie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung mit allen staatlichen Mitteln; die Freiheit der Wahl ist in vollem Umfange zu sichern.
2. Vom Tage der Ausrufung der Neuwahl zum Landtag bis zur erfolgten Wahl dürfen Druckschriften, insbesondere Zeitungen und Ausblätter, nur verboten werden, wenn ihr Inhalt auf den gewalttätigen Umsturz der Verfassung und auf die gewalttätige Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung abzielt.
3. Verbote von Zeitungen und Druckschriften können während dieser Zeit nur unter Angabe der Gründe des Verbotes verhängt werden.
4. Die Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit ist im gleichen Zeitraume im Rahmen von Gesetz und Verfassung wiederherzustellen; die Staatsregierung übernimmt mit allen staatlichen Mitteln den Schutz dieser Rechte und der Wahlfreiheit gegenüber allen gewalttätigen Störungen.
5. Den Angehörigen der aufgelösten Parteien ist bei Auflösung des Landtags die gleiche Versammlungsfreiheit wie den übrigen Parteien zu gewähren.

### Parlamentssammentritt in England

London, 3. Januar. (Eig. Draht.) Am heutigen Dienstag tritt das neuverordnete Parlament zusammen zur Konstituierung und Wahl des Sprechers (Präsidenten). Es wird sich darauf einige Tage betragen und dann mit der Thronrede offiziell eröffnet werden. Es folgt die Debatte darüber und die Abstimmung über den Wristrauenantrag gegen die konservative Regierung Baldwin. Man erwartet, daß das am 17. Januar sein werde. Daraus erwartet man die Berufung MacDonalds zum König, um eine Regierung der Arbeiterpartei zu bilden. Lord George erklärt, die Liberalen werden die Arbeiterregierung unterstützen, solange sie nicht den Besitz erprobieren. Ramsay MacDonald hat die Absicht, als Premierminister das Außenministerium selbst zu übernehmen; als seine Mitarbeiter im Außenministerium sind Tom Shaw und Arthur Bonarby in Aussicht genommen. Bonarby steht bereits seit längerer Zeit in diplomatischen Diensten und hat sowohl im kaiserlichen Amt wie in verschiedenen Geschäftskreisen wichtige Posten bekleidet. MacDonald soll außerdem bereits Lord Acton, der in der Reichsregierung das Ministerium der Dominions geleitet hat und Noel Dixon um ihre Mitarbeit gebeten haben. Die konservativen machen einen letzten Rettungsversuch, indem sie den König zur Auflösung des Parlamentes veranlassen wollen. Die Genossen MacDonald und Lansdowne erklären öffentlich, daß der König jetzt das Recht habe und er sich hüten solle, dem Willen des Volkes zu trotzen. Einer seiner Vorhaben habe das versucht (Marl I.) und es habe ihm den Kopf gekostet. Ein zweiter habe es nochmals versucht (Jacob II.), er habe aus dem Lande ausziehen müssen. Der König solle seine Finger von der Politik fortlassen, er sei lediglich eine dekorative Figur für die Einheit des Staates. Der Regierungswille der Arbeiterpartei ist ernst.

### Kleine politische Nachrichten

#### Die Reichsregierung gegen die Schlemmer

Berlin, 7. Juni. Nach der Rückkehr Dr. Stresemanns aus dem Urlaub hielt das Reichskabinett am Montag eine Sitzung ab, ohne sich jedoch mit den außenpolitischen Fragen zu beschäftigen. Einmütigkeit soll im Kabinett darüber bestanden haben, daß mit größter Energie und Rücksichtslosigkeit gegen die Ausschüßler der Bergbau- und Genussucht eingeschritten werden muß. Die geplanten Maßnahmen, über deren Art die Regierung nichts verlauten läßt, sollen sich hauptsächlich gegen die in internationalen Kurorten lebenden und die bei des Volkes nichtstehenden Deutschen richten. Angesichts der schwierigen Finanzlage des Reiches beabsichtigt das Kabinett außerdem, die Zahlung weiterer Zuschüsse auf die Wallfahrten des Verein deutscher Zeitungserleger abzulehnen. Die Verschleissung über die Entwürfe eines Reichsberufsausschusses und eines Gesetzes über die Lehrerbildung hat das Kabinett ausgesetzt, bis das Finanzverhältnis zwischen Reich und Ländern neu geregelt ist.

#### Der Militarismus verbietet Wirtschaftskritik!

Wie der Deutsche Handelsdienst erzählt, hat der Chef der Seereiseleitung dem bekannten Wirtschaftspolitiker und Statistiker Richard Calwer in Berlin-Wilmersdorf eine Warnung gegeben, weil er in seinen wirtschaftlichen Tagesberichten vom 24. Dez. 1923 in einem Aufsatz „Wohin die Reise geht“ der Reichsregierung vorgeworfen habe, durch eine neue Inflation das Volk aus „Dummheit oder Ablicht“ zu betrügen. Derartige Artikel seien ungeeignet, das Vertrauen zu den wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung zu untergraben und eine Beunruhigung im Volke herbeizuführen. Der Chef der Seereiseleitung teilt Herrn Calwer mit, daß er im Wiederholungsfall mit den Mitteln des Ausnahmestandes gegen ihn vorgehen werde!

Das Verbot der Welt am Montag ist inzwischen aufgehoben worden.

### Uebergänge der Justiz im Reichstage

Der Geschäftsbereichsausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Montag mit den Beschlüssen der kommunistischen und der deutschpolitischen Abgeordneten über die Entlassung ihrer Bureaukratie im Reichstage. Der Ausschuss erklärte die Beschlüsse für begründet, da der Schluß eines Arbeitszimmers der Abgeordneten durch den Artikel 57 II der Reichsverfassung als Bestandteil der Immunität geschützt ist.

#### Volksentscheid in Lübeck

Lübeck, 6. Januar. Die linke Mehrheit der Bürgerchaft hat dem Senat mit einfacher Mehrheit das Votum ausgesprochen, worauf dieser den Volksentscheid berief, der darüber entscheiden sollte, ob der Senat oder die Bürgerchaft zurücktreten. Nach sehr heftigem Wahlkampf fand heute der Volksentscheid statt. Von 84 402 Wahlberechtigten stimmten 73 032, also 87,6 Prozent. Für den Senat wurden 43 447 Stimmen abgegeben, gegen den Senat 30 105. 90 Stimmen waren ungültig. Die Folge dieses Volksentscheides ist, daß nun die Bürgerchaft innerhalb 45 Tagen neu zu wählen ist, der Senat also bleibt. Die Sozialdemokratie hatte in entscheidender Weise den Kampf gegen den Senat geführt, auch die Kommunisten schlossen sich an — aber es gelang leider nicht, dem sozialdemokratischen Standpunkt die Volksmehrheit zu sichern.

#### Brutale Aussperrungen in Rheinland-Westfalen

In Verbindung mit der vor einigen Tagen erfolgten Aussperrung von 1500 Nadelarbeitern sind in Jberlohn weitere 6000 Arbeiter der Metallindustrie zum 16. Januar gefesselt worden. In Hagen-Stadt und -Land sind die Metallarbeiter in Auswirkung der Kündigungen, die der Metallarbeiterverband zum 4. Januar ausgesprochen hat, seit Sonnabend früh ausgeperrt. Im Düsseldorf-Wirtschaftsbezirk sind 30 000 Metallarbeiter ausgeperrt. Eine von Kommunisten bezugene Versammlung beschloß den Generalstreik. Die Unternehmer erklären, daß sie unter allen Umständen am 30. Januar den Tag feierlich halten.

## Der Landesparteitag

Genosse Dängeford verlangte, um eine Aufklärung herbeizuführen, daß die Mitglieder der Landtagsfraktion gefragt werden, ob sie gewillt sind, den Beschlüssen des Landesparteitages Folge zu leisten.

Genosse Bodel als Vorsitzender wies darauf hin, daß eine solche Frage überflüssig sei, da das Statut die Handhabe biete, gegen Genossen, die sich den Beschlüssen nicht fügen, vorzugehen.

#### Die Aussprache

Genosse Dr. Sauer, Preside, wußte auf die Frage des Disziplinardienstes nicht näher eingehen, sondern nur darauf hinweisen, daß es nicht der erste Disziplinbruch in der Geschichte der Partei war. Die Freunde der Auflösung müssen uns sagen, was sie dann wollen, wenn die Neuwahlen keine andere Situation ergeben haben. Wollen sie dann wiederum eine Landtagsauflösung herbeiführen? Solange die kommunistische Partei in Deutschland ihre gegenwärtige Einstellung behält, können wir uns nicht auf die kommunistische Partei stützen. Die Deutsche Arbeiterpartei steht uns in ihren Zielen sehr viel fern. Darüber gibt es keinen Streit. Aber die kommunistische Partei verlangt von uns einen Weg, eine Allianz, die wir unmöglich gehen können. Was in England geschieht, würde man bei uns in Deutschland eine verschleierte Koalition nennen. In Oesterreich liegen die Dinge für die Partei viel günstiger, weil es nur eine große geschlossene Partei gibt. In einer Allianz, die fünfzig bis hundert Parteien zu einem Block zusammenschließt, haben wir keinen Anlaß.

Genosse Schemdor erklärte, daß die Fraktionsmehrheit dieses sogenannte Verbrechen aus Pflichtgefühl getan habe. Wenn wir nicht gehandelt hätten, wäre ein hingerichteter Ministerium gekommen. Er persönlich habe ganz korrekt nach der Einstellung seiner Wähler im Ritterau Unterbezirk gehandelt, die zu weit über 75 Prozent für die Koalition eintreten. Redner befürchtet, daß die Arbeiter im Lande nicht damit einverstanden sein werden, wenn wir uns als Partei einfach in der sächsischen Politik feststellen ließen. Wir müssen uns entscheiden, ob wir gewillt sind, ernste Arbeit in der Politik zu leisten, oder ob wir so weiter wurseln wollen. Die ganze Gesetzgebungsmaschine gleicht einer Dampfmaschine, der die Kohlenflange fehlt. Redner verbreitete sich sodann über die Gesetze, die in der Reichstammer mit den Demokraten geschlossen wurden.

Genosse Ebel: Die Arbeit, die sachlich geleistet werden konnte, ist mit den Kommunisten geleistet worden. Es ist ein Trugschluß, wenn Genosse Müller glaubt, den Schritt der Landesinflation in eine Parallele mit dem der Fraktionsmehrheit zu stellen. Die Fraktionsmehrheit ist auf die Folgen eindringlich hingewiesen worden, die durch einen solchen Streik zwei Tage vor dem Parteitag heraufbeschworen wurden. Diesen Weg der Zermürbung der Partei können wir auf keinen Fall mitmachen. Wenn auf Preußen hingewiesen wird, so ist richtig, daß manches Gute zu buchen ist, aber in vielen Fragen ist noch gar nichts Fortschrittliches zu verzeichnen. Redner erinnert an den vor kurzem veröffentlichten Artikel, in dem einmütig festgestellt ist, daß die gegenwärtige Krise uns mit Hilfe der Demokraten aufgedrängt wurde. (Beifälliger Beifall.)

Genosse Geiser: Was in dem Artikel Dittmanns gesagt wird, ist ob der furchtbaren Torheit, die aus dem Artikel spricht, ganz ungeheuerlich. Derselbe Dittmann, der uns in die große Koalition hineingelockt hat, hat auf dem Parteitag der D. S. B. ausgesprochen, die Koalitionspolitik wäre nur zum Nutzen der Kapitalistenklasse. Man ist die große Koalition eingegangen und hat auf den Parteitag gepfiffen. In der gegenwärtigen Zeit, in der das Großkapital Tag für Tag neue Schläge gegen uns führt, ist das Eingehen der großen Koalition geradezu ein Verbrechen. Den Genossen der Fraktionsmehrheit muß mit aller Klarheit gesagt werden, sie haben nicht mehr das Vertrauen der Parteigenossen, sie sollen abtreten. (Stürmischer Beifall.) Es kann nur heißen: heraus aus der großen Koalition, dann wird die Partei weiter bestehen können. Richt die Fraktion, sondern der Parteitag beschließt und bestimmt. (Beifälliger Beifall.)

Genosse Dr. Wünsche weist auf den Eindruck hin, den das Vorgehen der Fraktionsmehrheit in weiten Kreisen der Parteigenossen erregt hat. Wenn die Wahl nicht so ausfällt, wie man erwartet, dann sind diejenigen schuld, die uns ein paar Tage vorher einen solchen Knüttel zwischen die Beine geworfen haben. (Beifälliger Beifall.)

Genosse Hennig, Weibig: Die Frage, was nach einer Neuwahl des Landtages geschehen soll, kann heute kein Mensch beantworten. Es gibt verschiedene Mittel. Nach der Wahl stehen uns alle Möglichkeiten offen. Die Frage der Koalition müsse nach der Wahl neu untersucht werden.

Genosse Schulze betonte, daß es in Deutschland keine Sozialdemokratische Partei. Die Frage der Koalition ist in Deutschland verhältnismäßig neu, aber doch nicht so neu, daß sie rein als theoretisch angesehen werden könnte. Die Praxis der großen Koalition im Reichstage war so jammervoll, daß ein Versuch in Sachen ganz ausgeschlossen sein sollte. Redner erinnert an die Stellung des Genossen Baurds auf dem Antsterdamer Kongress und ging dann auf die Wahlen in England ein. Einmal sage man, die Engländer sind keine Sozialdemokraten, sondern nur sozialistische Gruppen. Das andermal sage man, daß es nur eine gebildete Opposition sei. Beides ist falsch, die englische Arbeiterpartei, die jahrzehntelang der Schwanz der Liberalen Partei war, hat sich noch und nach selbst

ständig gemacht, und die letzten Wahlen haben gezeigt, daß sie von der Koalitionspolitik sich immer weiter entfernen. Die Koalition in Deutschland war das Stillsitzen, die Errungenschaften der Arbeiterchaft herabzubrüden. Wir dürfen uns nicht mit Monarchisten verbinden, wenn wir den Schutze der Republik wollen. Die Deutsche Arbeiterpartei ist eine monarchistische Partei. (Beifälliger Beifall.) Das sind die Gründe, die uns immer mehr zur Opposition gebracht haben. (Beifälliger Beifall.)

Genosse Wögel begründete die Entschließung des D. S. B. deren Wortlaut wir bereits gestern mitgeteilt haben. Lieber den Disziplinbruch selbst brauche man kaum ein Wort zu verlieren; wo sollen wir hinkommen, wenn es in der Partei keine Führung mehr gibt, die ihren Vertrauensmännern die Linie vorschreibt, nach der sie Politik zu machen haben! (Beifälliger Beifall.) Wenn das Gegenteil der Fall werden soll, dann geht die ganze Partei aus dem Leim, dann weiß man nicht mehr, wie man vom kleinlichen Ortsverein verlangen soll, die Beschlüsse einzuhalten und durchzuführen. So, wie es Genosse Dittmann macht, hält man die Partei nicht zusammen, sondern treibt sie auseinander. Wenn man uns immer die Frage stellt: Was denn?, so müssen wir darauf antworten, daß wir nicht nur daran denken, sondern noch über diesen Zeitpunkt hinaus. Wir fragen uns, was kommt, wenn die große Koalition da ist? Wir fragen, soll eine Partei sich in solch historischem Moment hergeben und sich willenlos dem Diktat der Bourgeoisie fügen? Eine Partei, die deshalb Wahlen fürchtet, weil sie eine Schlappe erleiden kann, ist mit ihrem Votum zu Ende. Man muß eine Niederlage wagen, um dann wieder um so stärker bestehen zu können. Handelt man denn, daß die bürgerlichen Parteien einen Moment zögern werden, den Landtag aufzulösen, wenn sie mit reaktionären Gesetzen aufwarten können? Redner empfiehlt, die Entschließung, die eine mittlere Linie hält, möglichst einstimmig anzunehmen. Sie ist der Beifall, mit dem wir verhandeln, durch den Landesparteitag die Abgeordneten zu zwingen, auf den Boden der Parteibeschlüsse zu treten. (Beifälliger Beifall.)

Genosse Sedewitz bezeichnet Schemdors Ausführungen als eine wunderbare Agitationstunde für die bürgerlichen Parteien. Wir müssen uns fragen, ob unser Leben einen Zweck hat, da die Fraktionsmehrheit es in ihrem Referat zu sagen unterließ, ob sie dem heute gefassten Beschlusse Folge leisten oder ob sie weiter die Beschlüsse der Partei ignorieren will. Hier müßten die Genossen vom Parteivorstand auf die Fraktionsmehrheit einwirken, da ein solches Verhalten sich aus auf die sächsische Partei und schließlich auch auf die Gesamtpartei auswirken wird. Auch ist von der Fraktionsmehrheit nicht gesagt worden, mit welchem Programm die große Koalition eingegangen wurde. Mit Ausnahme der Anträge, die im Referat des Genossen Arzi enthalten waren. Warum hat man die Landtagsfraktion auf den 4. Januar einberufen? Es mußte möglich sein, die Entscheidung über den Ministerpräsidenten noch drei Tage hinauszuverschieben. Warum ist man auf die Gründe des Antrages auf Volksentscheid in der Fraktion nicht eingegangen? Das Handeln der Fraktionsmehrheit kann man nicht anders verstehen, als daß sie den Landesparteitag vor vollendete Tatsachen stellen wollte. Redner zerpflückt dann die Widersprüche in dem Tuti-quantitäts-Artikel des Genossen Dittmann. Wir müssen hier zum Ausdruck bringen, daß der sächsische Landesparteitag mit der am Freitag beschlossenen Koalition nicht zu tun hat. Das ist die Koalition von zwei Dutzend Fraktionsmitgliedern. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Graupe: Wir haben in den letzten Monaten auf das bitterste empfunden, daß innerhalb der Fraktion sich zwei Welten begegnet, die miteinander um die Palme des Sieges ringen. Wir müssen uns fragen, was bewegt die Arbeiterende zu ihrer Haltung, die sie seit längerer Zeit treiben. Gehen wir den Ursachen nach, so bemerken wir, daß sie auf eine Schwächung der Sozialdemokratie abzielen. Eine solche Schwächung kann nur erfolgen, wenn innerhalb der arbeitenden Schichten ein großer Meinungsstreit entsteht. Weil nun im Reich eine Schwächung der deutschen Arbeiterchaft geglädt ist, versucht man dies auch in den andern Ländern herbeizuführen. Dieser Meinungsstreit ist ein rein grundsätzlicher. Es trifft nicht zu, daß die Beschlüsse vom 4. März durch die Beschlüsse vom 2. Dezember aufgehoben sind. Die Fraktionsmehrheit hat über die Beschlüsse des Parteitag hinweg gehandelt. Das zwei Tage vor dem Stattfinden eines Parteitag die Beschlüsse eines Parteitag übergegangen worden sind, ist in der Geschichte der Partei noch nicht dagewesen. Redner zielt darauf einen Auspruch Bodels auf dem Mannheimer Parteitag 1906 zur Frage des Massenstreiks:

„Wenn die Genossen in Sachen einen Generalstreik mit Mehrheit beschlossen hätten und wir als Parteivorstand aus innerer Ueberzeugung dagegen aufgetreten wären, aber angenommen die sächsischen Genossen den Massenstreik trotzdem beschlossen hätten, dann hätte der Parteivorstand aus Solidaritätsgesühl die Kämpfe der sächsischen Parteigenossen unterstützt. Und der Parteivorstand, der das nicht gemacht hätte, gehörte zum Teufel gesagt zu werden.“

Seit dem 4. März hat der Parteivorstand versucht, die Forderungen und Beschlüsse der sächsischen Parteigenossen zu hinterzählen. Wenn gesagt wird, es bestand keine Möglichkeit, am Freitag die Wahl zu verhindern, so ist das eine bewusste Verfälschung. Wir haben die Genossen der Fraktionsmehrheit dringend gebeten, beachtet doch den Standpunkt der Parteigenossen im Lande. Durch Verlassen des Sitzungssaales hätte man die Wahl des Mini-









am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

am 7. Uhr

Sonntag den 13. Januar 1924

Die Wahlbezirke sind die Straßen und Plätze alphabetisch nach Angabe des Wahlbezirks aufgeführt...

Wähler, die nach Ablauf der Auslegungzeit der Wahlzettel ihren Wohnort oder gewöhnlichen Aufenthalt an einem anderen Ort des Reichsgebietes...

Dresden, den 5. Januar 1924.

Der Gemeindevorsteher, Dr. Rumbiegel.

Table with 2 columns: Wahlbezirk (left) and Wahlbezirk (right), listing street names and house numbers for various districts.

Table with 2 columns: Wahlbezirk (left) and Wahlbezirk (right), listing street names and house numbers for various districts.

Table with 2 columns: Wahlbezirk (left) and Wahlbezirk (right), listing street names and house numbers for various districts.

Table with 2 columns: Wahlbezirk (left) and Wahlbezirk (right), listing street names and house numbers for various districts.

Table with 2 columns: Wahlbezirk (left) and Wahlbezirk (right), listing street names and house numbers for various districts.

Table with multiple columns listing street names and their corresponding election districts (Wahlbezirk) and numbers.

Die am 1. April und 1. Juni 1921 eingemeindeten Vororte:

Table listing newly incorporated districts and their corresponding numbers.

Die Wahlstellen befinden sich:

Large table listing specific election locations (Wahlstellen) across various districts, including street names and district numbers.

Sport • Spiel • Körperpflege

Lehrerwesen Die Ratsebene. Bezirk Dresden. ... Die erste Zusammenkunft dieses Jahres findet nicht am Donnerstag, sondern morgen Mittwoch im Jugendheim, Speckstraße, statt.

Wasserstände der Woldau, Hjer, Eger und Elbe

Table showing water levels for Woldau, Hjer, Eger, and Elbe rivers, with columns for location and water level measurements.

Arbeiter-Radfahrerbund. Mitgliedschaft Dresden.

Arbeiter-Radfahrerbund. Mitgliedschaft Dresden. 13. Januar finden die Gemeindegewahlen statt, es haben alle Mitteilungen sich zu Wahlarbeiten zu stellen.

VOGELS

Advertisement for 'Künstlerspiele im Central-Theater' featuring a program of plays and musicals, including '4 Uhr Tee' and '8 Uhr Eine Schar russischer Kesseltänzerinnen'.